

No. 9 in der ...

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Famken- und Stetbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erste Ausgabe Sonntag, 27. Juni 1919
Abonnementspreis: RM. 1.- für das Vierteljahr.
Su bezogen durch alle Postanstalten.
Gotha, 6. Juli 1919
3 Seiten kosten 50 Pfg. die einseitige Postzeitung.
Bei Werberbeiträgen Rabatt. - Stellenvermittlungsinzeigen für Mitglieder 10 Pfg.
33. Jahrgang

76. Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 76500!

Der Friede ist da.

Die Millionen von Millionen Menschen, die erst vor wenigen Tagen noch in der Dunkelheit der Nacht lagen, sind heute in die hellen Strahlen der Sonne getaucht. Sie haben die Freiheit wieder gefunden, die sie vor wenigen Jahren verloren hatten. Sie sind wieder die Herren ihres Schicksals, sie sind wieder die Herren ihrer Zukunft.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Das Programm des Wirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Wiffel hat ein Programm der künftigen „Gemeinwirtschaft“ vorgelegt. In seinem ersten Teile befaßt es sich mit der Räteorganisation. Was da vorgeschlagen wird, geht nicht wesentlich über das hinaus, was schon der Entwurf des Arbeitsministeriums betr. die Betriebsräte in Aussicht stellt. Hierzu Stellung zu nehmen müssen wir uns für einen späteren Artikel vorbehalten. Die für die Kohlen- und Ralminwirtschaft getroffene Regelung, also das System der Zwangsartefaktierung und Bureauzentralisierung soll auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden, vor allem auf die Metallindustrie und die Textilindustrie. Den Volkswaffen ist damit weder als Produzenten noch als Konsumenten im geringsten gebührt; der Nationalismus, um den es sich dabei handelt, befindet sich nur im monopolistischen Großunternehmertum, das dem Staat, der ihm zu seiner Abmacht verhilft, gern einen Teil des Profits überläßt. Es geht nach dem Grundgesetz: „Eine Hand wäscht die andere.“

Ein besseres Ergebnis könnte die umfassende Durchführung des gemischtwirtschaftlichen Betriebes vorschlagen. Der Staat soll eine ausgiebige Vermögens- und Erbschaftsteuer erheben und das Recht haben, sich einen Teil der in den Gewerbetrieben angelegten Gemein-

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben. Die Arbeitlosigkeit würde Millionen von Menschen in den Hungersturz treiben.

und die Transportkosten nicht als ihre beherrschende Wirkkraft in Verbindung mit den Groß- und Kleinhandelsgebern, die ausfinden man sich nicht einmal in dem Fall getraut. Die Unternehmer sollen nach Willkür Programm zu den Kosten der Bezahlung der Arbeiter mit ausfindigen Lebensmitteln Zuschüsse leisten (die sie wohl durch Preisrückbildungen pünktlich wieder einbringen würden) und die Mehl- und Brotpreise sollen aus dem gleichen Anlaß erhöht werden, was wiederum neue Preisforderungen der Arbeit in natura abgefundenen Beamten zur Folge hätte). In Anbetracht der Unruhe, die durch den 7. Abschnitt des Willkürprogramms, das für gewisse Wirtschaftszweige den „Arbeitsfrieden“ in Aussicht stellt. Die lebenswichtigsten Betriebsgruppen, wie Kohlenbergwerke, Eisenbahnen, Licht- und Kraftanlagen, Mühlen usw. sollen unter „Friedensgebot“ gestellt werden, d. h. die Arbeiter sollen gezwungen sein, alle Streitigkeiten einigungsamtlich vorzutragen; kommt es zu keiner Einigung, so dürfen die Arbeiter nur dann in den Streit treten, wenn neun Schlichter von beiden in gemeinsamer Abstimmung dafür stimmen. Andere Betriebsgruppen sind freilich dem „Arbeitsfrieden“ unterworfen, falls Arbeiter und Unternehmer einen solchen Schlichter einigartig beauftragen. Das ist eine Nachahmung des in der britischen Kolonie Kanada seit fast 2 Jahrzehnten bestehenden Anti-Streitgesetzes, von dem die dortige Arbeiterschaft in allgemeinen gar nicht erbaudt ist. Angeblich soll ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf bereits in Vorbereitung sein, der die Aufforderung und Anreizung zum Streik in den Betrieben, die dem „Arbeitsfrieden“ unterworfen sind, sowie die Einleitung oder Durchführung eines solchen Streiks, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bedroht. Es wäre doch recht, wenn sozialistische Minister ein neues Gesetz aufgesetzt aufgesonnen hätten! Doch, warten wir einsehen! Ein Lebensjahr hat es den Anschein, daß die sozialistischen Minister die Geister nicht mehr los werden, die sie steuern. Aus ihrer eigenen freien Überzeugung heraus können sie unmöglich dazu gekommen sein, Zuschüsse und Nachschubgewerke als die tauglichen Mittel des Regierens zu beschreiben.

Aus der pfälzischen Schuhindustrie.

Die Entwicklung der Schuhindustrie in Pirmasens nimmt seit der Freigabe der pfälzischen Betriebe, mit dem Eintritte der Besetzung des linken Rheingebietes, immer abnormere Formen an. Eine Unmenge kleiner Betriebe hat entstanden, die bereits über 600 Schuhfabriken amtlich angemeldet hat. Dazu kommen noch einige hundert kleiner Betriebe die nicht gemeldet sind; es ist nicht übertrieben, wenn man die Gesamtzahl der zur Zeit in Pirmasens vorhandenen Schuhfabriken auf mindestens 900 annimmt. Von diesen vornehmlich erwerbende eine große Zahl nicht diesen Namen, da nur 2-4 Personen beschäftigt sind. Alles stellt sich als Schuhfabrikant heraus, darunter Leute, die aber gar nicht das mindeste Verständnis von der Schuhfabrikation haben. Aber es wird doch, schweres Geld verdient, und das ist die treibende Kraft. Wie diese an sich höchst ungesunde Entwicklung zu sehen ist, ist nicht abzusehen. Auf alle Fälle wird ein schwerer Zusammenbruch die Folge sein, sobald mit Friedensschluß in Bezug auf die Rohstoffe und Materialverfügung andere Verhältnisse eintreten werden.

Infolge der Besetzung des linken Rheingebietes besteht die Zwangswirtschaft nur noch formell; die Freigabe des Handels mit Leder und Häuten durch das Demobilisationsgesetz vom 29. 11. 1918, führte im besetzten Gebiete den Zusammenbruch der Lederwirtschaft herbei und hat die Zwangswirtschaft für Leder und Schuhe, wie auch die Beschränkung der Einfuhr und Ausfuhr von Häuten, Leder, Gerbstoffen und Schuhfabrikanten keinen Sinn mehr und verschlimmert nur den Zustand. Nur soweit als bei der Einfuhr gewisse in Anspruch genommen sind, sollten die jeweils gültigen Preisbestimmungen noch berücksichtigt werden. Nachdem seit der Besetzung keine Untertelung von Leder an die Schuhindustrie mehr erfolgt, ist ein Zustand eingetreten, der verwerflich auf die gesamte Schuhindustrie einwirkt. Die Schuhfabrikanten müssen ihr Material verkaufen, wo es nur immer möglich ist. Dazu kommt unsere erbärmliche Valuta, durch die unehörschte Materialpreise verursacht werden und die Folge ist eine fortgesetzte Steigerung der Schuhwarenpreise. In der Pirmasenser Schuhindustrie steht heute ein Paar Herren-Dagallstiefel auf 90 Mark und noch mehr, gegen ca. 20 Mark im normalen Verhältnis unter der Zwangswirtschaft vor der Besetzung. Wie das zur Zeit im nicht-besetzten Gebiete liegt, kann von hier aus nicht beurteilt werden, jedenfalls aber wird sich darin nicht viel geändert haben. Wie aber kommen diese Preise im Pirmasenser Industriegebiet zustande?

Das wird klar, wenn man die Entstehung der Preise auch nur oberflächlich und allgemein nachprüft. In der folgenden Tabelle ergibt sich bei der Dreiberechnung folgendes Bild:

Zur Herstellung von 1 Paar Dagallstiefeln ergehen sich folgende Kosten:	
1. Material:	Oberleder . . . 29.—
	Nebenleder . . . 20.—
	Zusätze . . . 6.—
	55.—
2. Arbeitslohn	6.—
	61.—
3. 15 Prozent Unkosten und Geschäftsgewinn des Fabrikanten auf diesen 61.—	9.—
	70.—
Darum 30 Prozent für den Schuhhändler . . .	20.70
endgültiger Verkaufspreis	90.70

Diese Aufstellung ist wohl ohne weiteres verständlich und auch nicht zulässig. Zunächst fehlen die 3 Prozent an die Schuh. U. G. und dann haben die Händler 30 Proz. zu beanspruchen. Ferner dürfen die 15 Proz. Unkosten und Gewinn für den Fabrikanten nur aus den Beträgen errechnet werden, die sich aus den Materialkosten, wie sie zum Höchstpreise wirklich stehen, plus Arbeitslohn, ergeben. Weiter haben dann auch die Händler nur aus dem Betrage Material zum Höchstpreise, plus Arbeitslohn, plus darauf sich ergebenden Unkosten und Gewinn des Fabrikanten, 30 Proz. zu erhalten. Das ergibt ein wesentlich anderes Resultat.

Legen wir das Verhältnis der Zwangswirtschaft und der Höchstpreise zu Grunde, so ergibt sich:

Material:	Oberleder	6.—	90.—
	Nebenleder	6.—	90.—
	Zusätze	6.—	90.—
	17.—		
Arbeitslohn		6.—	90.—
		22.—	
15 Proz. Unkosten und Gewinn des Fabrikanten		8.50	
		25.50	
30 Proz. Händlergewinn		8.85	
		34.35	

endgültiger Verkaufspreis 94.15 RM.

Auch diese Aufstellung ist, da auch hier die 3 Proz. für die Schuh. U. G. fehlen, nicht vorchriftsmäßig, ist aber dem obigen Beispiel angepaßt. Die endgültige Dreiberechnung ist aber wohl richtig, sie dürfte nur gering abweichen.

Würden nun die Fabrikanten, wirklich wie sie sollten, aus den Materialkosten plus Arbeitslohn mit 22 RM. und den Händlergewinn ebenfalls auf 25.30 RM. errechnen, so würde der Verkaufspreis nur auf 72.15 RM. kommen. Die Fabrikanten aber, die sich daran halten, stoßen bei den Händlern auf Widerstand, da diese eben aus dem Gesamtbetrag einschließlich der Ueberführung der Höchstpreise die 35 Proz. wollen. Diesen Fabrikanten fehlt es dann an Abnehmern, weil die Händler sich an die Fabrikanten halten, die ihnen den Willen tun. In dem Falle haben sie eben pro Paar 26.81 RM. im anderen aber nur 8.85 RM. zu verdienen. Wenn nun die Waren durch die Großhändler gehen, erhalten diese $\frac{1}{2}$ und die Detailhändler $\frac{1}{3}$ des Händlergewinnes.

Bei dem heutigen Umfange oder haben diese 35 Proz. Händlergewinn durchaus seine Berechtigung mehr, sie wollen aber darauf nicht verzichten und tragen so wesentlich zur unbedingten Verteuerung des Schuhwerks bei.

Es ist zweifellos, daß dieser Zustand sehr zu der Verwilderung der Schuhindustrie beizutragen hat und darin liegt wohl auch der Anreiz zu der unsinnigen Ausbreitung und Bestaltung derselben. Im Interesse der realen Fabrikation liegt das jedenfalls nicht. Die Unmöglichkeit, die Zwangswirtschaft im besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten, hat zu vielen unheilvollen Zuständen geführt. Was jetzt noch besteht, sind Halbheiten, die nur schädigend wirken.

S. Feldmiller.

Die neue Steuerungsulage und die Ferien in der Schuhindustrie.

Die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung hatte die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Schuhindustrie genötigt, eine Erhöhung der Steuerungsulagen der Schuharbeiter ganz Deutschland herbeizuführen; erfreulicherweise ist auch dabei die Ferienfrage, als einer sehr alten Forderung der organisierten Arbeiterschaft, geübt worden. Der Ueberwachungsamt der Schuhindustrie hat denn auch in seiner Sitzung vom 4. Mai die Durchführung angeordnet, nachdem auch das Reichswirtschaftsministerium den Maßnahmen zugestimmt hatte.

Diese durch die Tarifkommission vorgenommenen Ergänzungen des Reichs-Lohnauftrages für die Schuhindustrie sind nun auch für die Pfalz durchzuführen. Die Steuerungsulagen sollten für männliche und weibliche Arbeiter gleich, für die Altersgruppe unter 16 Jahren von 1.50 RM. auf 8 RM., von 16-18 Jahren von 2 RM. auf 9 RM., von 18-21 Jahren von 8 RM. auf 12 RM. und über 21 Jahre von 4 RM. auf 16 RM. erhöht werden. Ferner sollen sämtliche Arbeiterferien 2 Arbeitstagen, beginnend am Freitagabend bis Montag früh, unter Fortzahlung des Lohnes gemäß werden. Für Heimarbeiter kommen die Ferien nicht in Betracht.

Die Heimarbeiter waren bei der Erhöhung der Steuerungsulagen übergangen worden und da in der Pfalz, besonders aber im Pirmasenser Industriegebiet, die Zahl der Heimarbeiter sehr groß ist, mußte auch diesen Rechnung getragen werden. Es kam zu längeren Verhandlungen mit dem Fabrikantenverbänden, bei denen ausfallenderweise der Verband Pfälz. Schuhfabrikanten übergangen wurde. Dieser wird sich für die Zukunft eine solche Ueberzeugung mit Recht nicht mehr gefallen lassen und wird es auch Sache der Arbeiterorganisationen sein, dies in Zukunft zu verhindern. Auerkennungswert ist es, daß sich dieser Verband trotzdem den getroffenen Abmachungen anschließt.

Die Fabrikanten machten vor allem geltend, daß in der Pfalz, wie überhaupt im besetzten Gebiet, durch die Zufuhr von Lebensmittel durch die Alliierten, die Steuerung nicht in dem Maße vorhanden sei, wie im nichtbesetzten Gebiet, auf daß die neuen Steuerungsulagen eingehalten seien. Wie auch die Produktion und der Absatz infolge des Besatzes der Zwangswirtschaft im besetzten Gebiet abnahm und sicheren Beschäftigung für die Industrie be-

tragen, soll im reichsweiten Gebiet mit der Erhöhung der Steuerungsulagen gegeben zu die Ferien werden keine ernsthafte Einwendungen und war die Einigung leicht.

Nach schwierigen Verhandlungen machten nun die Heimarbeiter, nun auch den Heimarbeiter Verhandlungen, den Vorschlag, die Steuerungsulage auf 4 RM. 5.—, 2.— und 12.— RM. festzusetzen. Dem Schlichter auf ihrer bisherigen Umlage 10 Prozent, also Erhöhung 35 Prozent auf 45 Prozent, zu geben. Die bisher in den Tarif hinaus gewährten Lohnrückstellungen nicht zu rechnen. Sowie die Ferien, wie bereits vereinbart, zu geben. Die Fabrikanten blieben aber schließendlich auf ihrem Stande die Steuerungsulagen auf 2 RM. 5.—, 2.— und 11.— zu erhöhen, stehen und erklärten, auf keinen Fall zu gehen. Damit waren die Verhandlungen auf dem Punkt angelangt. Ueber die anderen Punkte bestand eine Verständigung mit den Pfälzischen der Organisation, war infolge der Vermittlungsbüro nicht möglich, waren die Verbände der Arbeiterorganisationen gezwungen, dem gemäß Resultat der Verhandlungen zuzustimmen. Damit aber die Arbeiter keinewegs zufriedengestellt und das halten d. Fabrikanten eine merkwürdige Entschelung im Re. Tariffrage. Die Fabrikanten waren sehr leicht in der den Vorschlag der Heimarbeitervertreter anzunehmen, dem Arbeitslohn einstellt, der Steuerungsulagen spielt in Verkaufspreisen der Schuhwaren gegenüber eine nebenwichtige Rolle.

Auf Produktion und Absatz hätte diese eine Steuerungsulage mehr gewiß keinen Einfluß ausgeübt, dervoreis zeigt dieser Widerstand nichts von einem Verständnis für die Lage der Arbeiter. Wenn auch nicht, daß die Ernährungsmöglichkeiten in der Pfalz besser worden, so hat sich aber doch die Lebenshaltung weiter teuert. Wenn man die Kaufkraft des Arbeitslohn-Friedenszeit den jetzigen Löhnen gegenüberstellt, so die Wirkung der schlechten Valuta und des Mangels Nahrungsmitteln und Bedarfartikeln, daß der heutige Arbeitslohn nicht nur nicht den Friedenslohn entspricht, denn unter diesen herabgesunken ist. Der heutige Arbeitslohn hat nur dann das richtige Verhältnis zur Zeit, er gegen den Friedenslohn im Verhältnis von 5:1 da das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im Grunde zu liegen ist. Die zahlenmäßige Höhe des Arbeitslohn ist nicht maßgebend, sondern dessen Kaufkraft.

Und wenn die Ernährungsmöglichkeit besser gewirkt noch auch der Arbeiter in der Lage sein, diese Mittel auszugeben zu können, sonst hängt ihm die Waage nicht noch zu hoch und er ist garnicht geberst.

Bei den Arbeitern besteht nun allgemein die Auffassung, daß die Fabrikanten (wie überhaupt die Arbeitnehmer) die Nutznießer der gegenwärtigen, durch die Erhöhung und das Vermittlungsbüro geschaffenen Verhältnisse sind. In dieser Auffassung werden sie auch über Verhältnisse nicht befriedigt. Die Arbeiter sind nur dem Zwange dieser Verhältnisse und werden sie, die Möglichkeit durch das Eintreten anderer Verhältnisse gegeben ist, die wirklichen Vertragsbestimmungen der Kommission durchzuführen wollen.

Ganz überraschend aber ist das Verhalten der Schuh. für die Pfalz und Elz. Verb. der Schuh. U. G. Pirmasens. Diese hat den Arbeiterorganisationen die Mittel ausgeben lassen, sie setzen sich aufgeben, in der Frage neuen Steuerungsulagen und Ferien für die Beschäftigten ihres Gebietes etwas zu beschließen, da sie schließlich über ihre Beschäftigten hätte. Nun wird von Schlichterkommission dieses eigentümliche Verhalten untersucht haben und nachweisen müssen, daß sich unter genannten Nachlosigkeit der Schuh. U. G. Pirmasens deren Geschicklicher die neuen Steuerungsulagen und Ferien gewährleisten müssen. Abhängig sind werden die Arbeiter ihre Organisationen versuchen müssen, ob sie nicht größeren Macht über die Geschicklicher der Schuh. U. G. haben. Zunächst liegt es an der Schlichterkommission darüber zu befinden, und an den Arbeiterverschickten in Betracht kommenden Betriebe im Landgebiet Pirmasens und den Orten der ganzen Pfalz, der Durchführungen neuen Steuerungsulage und der Ferien den nötigen Druck zu geben.

Die Steuerungsulagen nach der Abmachung der Organisation Pirmasens-Stadt sind ja wohl zum Teil durchgeführt, weil die Fabrikanten einsehen, daß noch andere Faktoren da sind als die Schuh. U. G. denen nicht so leicht fertig zu werden ist.

Aber die Ferien sind ihnen höchst unpopulär geworden sich aber auch damit abfinden müssen. Die Auspugereien und Absatzfabriken und ähnliche Betriebe der Schuhindustrie werden nicht umhin zu kommen, da nicht schon geschahen, ebenfalls diese Maßnahmen durchzuführen, zweifellos haben auch deren Arbeiter hartes Bedürfnis hierzu. Wohlstand beruht es aber weitens die meisten Schuhfabrikanten, die keine Geschicklicher der Schuh. U. G. sind, ohne Umstände die Arbeiter der Tarifkommission unter der durch die Verhältnisse geänderten Form anzuerkennen haben. Was keine Maßnahme bedeutet, ist die Tatsache, daß im Gebiet der Pfalz von den Schuhfabrikanten weder die neuen Steuerungsulagen noch die Ferien anerkannt sind. Die Arbeiter bedürfen wieder, wie immer, einer besonderen Hilfe bis zu ihrem Pflichten den Arbeitern gegenüber zu werden, die wird ihnen, wie allen anderen die größeren wollen, werden.

S. Feldmiller.

Internationaler Schuh- und Lederarbeiter-Kongress.

Der Sekretär der internationalen Union wendet sich mit dem besten Wunsch zur Bezeichnung eines internationalen Kongresses, der am 1. Sept. hier in der Schweiz stattfinden soll.

Die internationalen Organisationen der Schuh- und Lederarbeiter

Marie Kollegien
Nachdem der Friede geschlossen, erscheint es notwendig, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder sich wieder international organisieren.

Der Sekretär der internationalen Schuh- und Lederarbeiter Union beruft sich daher einen internationalen Kongress der Schuh- und Lederarbeiter auf Sonntag, den 1. September nach der Schweiz ein (Ort und Lokal werden noch be- stimmt).

Die vorläufige Tagesordnung lautet:
1. Bericht des Sekretärs für die Zeit von 1910 bis 20. Juni 1911.

2. Bericht der Delegierten über den Stand ihrer Organisationen.

3. Die Bereinigung der zurzeit noch bestehenden internationalen Verbände in der Schuh- und Lederindustrie zu einer einheitlichen internationalen Union für die gesamte Schuh- und Lederindustrie möglichst zweckmäßig?

4. Arbeiterrecht im Friedensvertrag.

5. Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen des Arbeiterrechts weit zurückbleiben hinter den in der Welt und dem fernsten Osten bestehenden Konventionen, die wir noch vor der in Belgien stattfindenden Konferenz zu dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung dieser internationalen Konferenz sind von großer Wichtigkeit. Ich darf daher die Hoffnung ausdrücken, daß alle nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg getrennt wurden, wieder fester zu schließen, eine Organisation zu schaffen, die mit größerer Wirksamkeit als die der Interaktion der in der Schuh- und Lederindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wahrzunehmen in der Lage ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch, müssen so verwirklicht werden, daß es nicht mehr dem Kriegesgeheimen gelingt, die Arbeiterklassen gegeneinander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!
J. Simon.

Die Lohnbewegung der Schuh- und Lederarbeiter und Schäftemacher von Chemnitz.

Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen des Arbeiterrechts weit zurückbleiben hinter den in der Welt und dem fernsten Osten bestehenden Konventionen, die wir noch vor der in Belgien stattfindenden Konferenz zu dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung dieser internationalen Konferenz sind von großer Wichtigkeit. Ich darf daher die Hoffnung ausdrücken, daß alle nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg getrennt wurden, wieder fester zu schließen, eine Organisation zu schaffen, die mit größerer Wirksamkeit als die der Interaktion der in der Schuh- und Lederindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wahrzunehmen in der Lage ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch, müssen so verwirklicht werden, daß es nicht mehr dem Kriegesgeheimen gelingt, die Arbeiterklassen gegeneinander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!
J. Simon.

Große Enttäuschung, aber Mangel an Konsequenz.

Die Nachbegerzeitung enthält einen Artikel mit der Überschrift: „Große Enttäuschung“, in welchen der Verfasser seinen Unmut über den Mangel an Tätigkeit oder Unfähigkeit der Regierung im sozialistischen Sinne kundgibt. Derselbe schreibt:
„Der Werd in München — das ist die Vollstreckung des Todesurteils an Leinwässern — hat mit unangenehmer Deutlichkeit gezeigt, daß wir vom Sozialismus in Deutschland noch weit entfernt sind. Wo in aller Welt dürfen Sozialisten, die im Programm für Abschaffung der Todesstrafe sind, sie sogar gegen politische Gegner anzuwenden? Nein, wir bedanken uns vor diesem Sozialismus. Möglich, daß im Koalitionskabinett unsere Stimmen in der Rinderbraterei überwiegen, dann müßten unsere Genossen eben die Rinderbraterei aufzuheben. Nimmermehr dürften sie dies politische Bild zeigen, der Welt ein solches Schauspiel geben. Dieses Schandmal wird uns noch lange eingebrannt bleiben. Das Schönste ist, daß davor die anderen Vögel ausfliegen.“
Ebenso ist diese Enttäuschung nicht die einzige, die wir in diesen Wochen erleben mußten. Das soeben veröffentlichte Gesetz über die Betriebsräte bringt uns ein Todesurteil. Wer revolutionärem Gedankensinn hat, es ist geradezu raffiniert ausgedacht, wie man mit diesem Gesetz der Sozialisierung ein Schnippen zu schlingen versucht. Die auch wir wollen nicht, daß mit Seidenmattenstücken in die Sozialisierung hineingehalten wird, aber doch müßte man wenigstens ein Ziel, einen Weg sehen. Nichts, nichts davon. Es fehlt vor allem an Mitbestimmungsrecht der am Arbeitsort tätigen Arbeiter. Nach diesem Entwurf werden die Arbeiter schwerlich auf Erzeugung, Verteilung, Beschaffenheit und Menge der Erzeugnisse einwirken können. Wie überhaupt in der Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus diese Frage gelöst werden soll, ist unklar.
Schließlich sind es nur rein gesellschaftliche Aufgaben, die den zukünftigen Räten überlassen werden. Bedarf es dazu einer neuen Form? Mir meinen, wenn die Betriebs- und Arbeiterräte nicht größere Aufgaben zu leisten haben wie diese, dann sind sie weiter nichts als ein Hemmschuh für die Gewerkschaften. Daß der Reichswirtschaftsrat selbstständig sozialpolitische und wirtschaftspolitische Beschlüsse beim Reichstag beantragen darf, wird niemand entgegenhalten. Wie sollten wohl auch die Internermer dazu kommen, ihre Zustimmung dafür zu geben? Ganz in die Augen ist es, weiter nichts, ein Todesurteil für revolutionäre wirtschaftliche Fortentwicklung, Kopf ab der Sozialisierung. Wir lehnen diesen Vorschlag ab.
Ein weiterer Fehler ist, daß fast nichts geschieht, um die Abwanderung des Kapitals zu verhindern. Gegenwärtig werden nicht etwa nur einige Millionen, sondern Milliarden vertrieben, die der deutschen Finanzkraft dem Wertverfall preisgegeben werden, wodurch die Kriegsschuld immer drückender wird. Da geschieht nichts Durchgreifendes, und wenn etwas in Angriff genommen wird, glaubt man, es würde etwas in Fleisch kommen.“
Wohlgemerkt, der Verfasser ist Reichheitssozialist und scheidet damit einverstanden, daß diesen Regelungen, die ihm sozial Enttäuschungen bereiten, ein Vertrauensvotum nach dem anderen votiert wurde; oder daß sogar mit dieser Zustimmung.

Aus unserem Beruf.

Die Sozialisierung der Schuhindustrie. Der „Pfeifer Lloyd“ vom 31. Mai berichtet: Die Sozialisierung in der Schuhindustrie geht ohne jede Stockung vor sich. Der Uebergang wurde dadurch erleichtert, daß die Produktion und Verteilung in der Leder- und Schuhindustrie auch bisher durch ein Zentralorgan geregelt war. Dennoch war aber die Produktion anarchisch, da sie unter der Leitung der freien Konkurrenz der Privatunternehmer stand. Vor der Sozialisierung arbeiteten in der maßgebenden Schuhindustrie überaus viel kleine Betriebe, deren Ausrüstung sehr mangelhaft war. Die Ausnutzung des Materials und der Arbeitskraft war nicht wirtschaftlich, ganz abgesehen davon, daß die Kollidieren dieser Betriebe zumeist gesundheitsschädlich waren. Jahrelange Mitglieder der Sektion für Lederindustrie des Volkswirtschaftsrates für soziale Produktion haben jüngst unter Führung des Volksbeauftragten Julius Heßel die Schuhfabrikbetriebe inspiziert. Es wurde festgestellt, daß die Sozialisierung in zweckmäßiger Weise nur dann durchgeführt werden kann, wenn die kleineren Betriebe aufgelassen und deren Einrichtung in einem großen Betriebe zentralisiert wird, der neben der Reinsdorfer Schuhfabrik errichtet wird.

Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Mittellungen.

Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen des Arbeiterrechts weit zurückbleiben hinter den in der Welt und dem fernsten Osten bestehenden Konventionen, die wir noch vor der in Belgien stattfindenden Konferenz zu dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung dieser internationalen Konferenz sind von großer Wichtigkeit. Ich darf daher die Hoffnung ausdrücken, daß alle nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg getrennt wurden, wieder fester zu schließen, eine Organisation zu schaffen, die mit größerer Wirksamkeit als die der Interaktion der in der Schuh- und Lederindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wahrzunehmen in der Lage ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch, müssen so verwirklicht werden, daß es nicht mehr dem Kriegesgeheimen gelingt, die Arbeiterklassen gegeneinander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!
J. Simon.

Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen des Arbeiterrechts weit zurückbleiben hinter den in der Welt und dem fernsten Osten bestehenden Konventionen, die wir noch vor der in Belgien stattfindenden Konferenz zu dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung dieser internationalen Konferenz sind von großer Wichtigkeit. Ich darf daher die Hoffnung ausdrücken, daß alle nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg getrennt wurden, wieder fester zu schließen, eine Organisation zu schaffen, die mit größerer Wirksamkeit als die der Interaktion der in der Schuh- und Lederindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wahrzunehmen in der Lage ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch, müssen so verwirklicht werden, daß es nicht mehr dem Kriegesgeheimen gelingt, die Arbeiterklassen gegeneinander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!
J. Simon.

Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen des Arbeiterrechts weit zurückbleiben hinter den in der Welt und dem fernsten Osten bestehenden Konventionen, die wir noch vor der in Belgien stattfindenden Konferenz zu dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung dieser internationalen Konferenz sind von großer Wichtigkeit. Ich darf daher die Hoffnung ausdrücken, daß alle nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg getrennt wurden, wieder fester zu schließen, eine Organisation zu schaffen, die mit größerer Wirksamkeit als die der Interaktion der in der Schuh- und Lederindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wahrzunehmen in der Lage ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch, müssen so verwirklicht werden, daß es nicht mehr dem Kriegesgeheimen gelingt, die Arbeiterklassen gegeneinander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!
J. Simon.

Der Kongress muß aus dem Grunde schon am 1. Sept. stattfinden, weil im Oktober in Belgien eine Konferenz der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen des Arbeiterrechts weit zurückbleiben hinter den in der Welt und dem fernsten Osten bestehenden Konventionen, die wir noch vor der in Belgien stattfindenden Konferenz zu dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung dieser internationalen Konferenz sind von großer Wichtigkeit. Ich darf daher die Hoffnung ausdrücken, daß alle nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg getrennt wurden, wieder fester zu schließen, eine Organisation zu schaffen, die mit größerer Wirksamkeit als die der Interaktion der in der Schuh- und Lederindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wahrzunehmen in der Lage ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch, müssen so verwirklicht werden, daß es nicht mehr dem Kriegesgeheimen gelingt, die Arbeiterklassen gegeneinander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!
J. Simon.

